

## EDITORIAL

Den Abschluss des Jahres stellte diesmal nicht die Haushaltsdebatte dar – der Doppelhaushalt 2020/21 wird erst im Januar verabschiedet. Es standen vielmehr zahlreiche Anträge nicht nur unserer Gruppe im Mittelpunkt, wobei eine sachliche Debatte über unsere Vorschläge ja ohnehin nicht zu den Gepflogenheiten des Kreistags gehört.

Fraktion DIE LINKE. im Kreistag  
Kreishaus, Zi. 66  
Reinhäuser Landstr. 4  
37083 Göttingen  
Tel 05 51-525 2108

dielinke@landkreisgoettingen.de  
dielinke-goettingen.de/kreistag

## TOP 5 – Klimaschutz bei jeder Amtshandlung

Nachdem unsere Gruppe diesen Antrag nach der Sommerpause gestellt hatte, wurde von der Verwaltungsgruppe ein ähnlicher Antrag nachgeschoben und inzwischen beschlossen, wobei noch vieles offen geblieben war, was von uns gefordert wird, gleichwohl aber ein Feigenblatt vorhanden war, um unsere Anliegen zu umschiffen.

Was offen blieb, waren insbesondere Kontroll- und Auswertungsinstrumente, wogegen etwas eigentümlich argumentiert wurde. Einerseits wurde gesagt, die Verwaltung werde lahmgelegt, wenn sie allen Vorschlägen nachkommen müsste (SPD-Motzer), andererseits wies Dezernentin Wemheuer darauf hin, dass viele Zahlen ja ohnehin, wenn auch nicht halbjährlich, vorgelegt würden. Nachdem sich SPD-Raubein Heinze noch (sinngemäß) empört hatte, dass wir uns erdreisten, Anträge zu stellen, wurde erwartungsgemäß abgelehnt.

## TOP 7 – Sanktionen für SGB II-Bezieher aussetzen

Nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes zur teilweisen Verfassungswidrigkeit von Hartz IV-Sanktionen brachte unsere Gruppe den Antrag ein, im Landkreis Göttingen keine Sanktionen mehr zu verhängen. Andreas Gemmecke zählte die Probleme der Betroffenen auf, wie z.B. Stromsperrungen, und erinnerte zudem an die Ursprünge von Hartz IV, was der SPD überhaupt nicht behagte. Die SPDler Riethig (Sozialdezernent) und Philippi (stellv. Landrat) fühlten sich wohl angesprochen und verteidigten gemeinsam mit den anderen neoliberalen Vertretern eisern ihr unsoziales System und scheuten nicht davor zurück, Existenz vernichtende Strafen für kleinste Nachlässigkeiten der Betroffenen zu rechtfertigen. Wer nach der Wahl der neuen SPD-Parteiführung an eine Kehrtwende dieser Truppe geglaubt hat, wurde während dieses TOPs wieder auf den Boden der Tatsachen zurückgeholt. Es wurde tatsächlich die Behauptung aufgestellt, Sanktionen seien ein „letztes notwendiges Regelungselement“.

Die flapsige Bemerkung des Dezernenten Riethig („es freut mich, dass sie den Antrag gleich ablehnen werden „) zeigte dann, wie die Verwaltungsgruppe sich einspannen lässt, wenn die Verwaltung das Totschlagargument „Geschäft der laufenden Verwaltung“ ins Spiel bringt. Eckhard Fascher erläuterte, zwar ausführlich, warum es in diesem Fall nicht zutreffen kann, gleichwohl wurde unser Antrag abgelehnt.

## TOP 10 – Resolution zum „Brandanschlag“ auf das Amtshaus Göttingen

Eingebracht wurde die Resolution von der CDU, bereits am 25.11., dem Tag also, an dem sich der Vorfall gerade erst ereignet hatte. Offenbar ist für manche die Welt messerscharf in Gut und Böse eingeteilt, so dass Ermittlungsergebnisse gar nicht erst abgewartet werden müssen. Mohan Ramaswamy stellte dann auch klar, dass es wohl nur um einen verbalen Schlag gegen „Linke“ gehe, die unbewiesen für schuldig erklärt werden.

Der von uns eingebrachte Änderungsantrag, der auch eine Verurteilung des Anschlags in der Goßlerstraße beinhaltete, bei dem sogar Menschenleben gefährdet wurden, wurde rabiat niedergestimmt, allerdings mit Abweichungen bei den Grünen. Insgesamt gab es die übliche Einigkeit rechts von uns, die mit allerlei Krokodilstränen – die betroffenen „Kunden“ der Ausländerbehörde kämen dadurch ja jetzt in Schwierigkeiten – verziert wurde.

## TOP 12 – VVN/BdA muss weiter gemeinnützig bleiben

Bereits im (nichtöffentlichen) Kreisausschuss am Vortag wurde ausbaldowert, unsere Resolution gar nicht erst auf die Tagesordnung zu nehmen. Den Vorwand dazu lieferte die „fehlende Zuständigkeit“ des Kreistages, da dieser ja nicht über die Gemeinnützigkeit zu befinden habe. Merkwürdig nur, dass über den „Brandanschlag“ auf das Amtshaus der Stadt Göttingen debattiert werden durfte, obgleich auch hier keine Spur von Zuständigkeit des Kreistages zu finden war. Mohan Ramaswamy wies denn auch darauf hin, dass in der Vergangenheit ganz ähnlich gelagerte Resolutionen beschlossen wurden. Zudem sei die VVN/BdA auch in Göttingen aktiv.

Immerhin gab es von den Grünen Zustimmung, den Antrag auf der Tagesordnung zu belassen. Die SPD dagegen scheint eisern der Linie von Olaf Scholz zu folgen, die auch für andere, überwiegend progressive, Organisationen nichts Gutes verheißt.

## TOP 32 – Heranziehungsvereinbarung SGB IX/XII - Bundesteilhabegesetz

Wie vor etlichen Jahren knirscht es wieder zwischen Stadt und Landkreis. Anders als in der Stadt wurden jedoch die Kreistagsabgeordneten erst in letzter Minute überhaupt informiert. Auf die Schnelle wurde dann eine Vorlage durchgewunken, die dem Landrat weitgehend freie Hand gibt.